**Migration ist gut für die Monopole der westlichen Länder**

**Aber sie ist schlecht für die Arbeiter in den westlichen Ländern**

**(Lohndrückerei)**

**und schlecht für die Entwicklung der Entwicklungsländer selbst**

**(Braindrain – Abwanderung der Gehirne)**

**Wirtschaftswissenschaften: Wer von der Migration profitiert und wer nicht**  Häring, Norbert

© dpa Die Länder, die Migranten aufnehmen, profitieren in der Regel von ihrer Bildung und Berufserfahrung.



Der Entwurf des globalen Migrationsabkommens sieht Vorteile für alle Beteiligten. Doch die ökonomischen Daten zeigen: Die Herkunftsländer verlieren.

Im Dezember wollen 190 Länder [das Globale Migrationsabkommen](http://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-asylrechtsfrage-gefaehrdet-den-grenzenlosen-schengenraum/23082932.html) unterzeichnen.

Dessen letzte Meter bis zum finalen Entwurf hat die Bundesregierung zusammen mit Marokko als gemeinsame Vorsitzende des „Globalen Forums für Migration und Entwicklung“ der UN betreut.

Das Abkommen soll [grenzüberschreitende Arbeitsmigration](http://www.handelsblatt.com/video/politik/eu-gipfel-zur-migrationspolitik-durchbruch-beim-eu-gipfel-die-eckpunkte-der-asyl-einigung/22751282.html) erleichtern und die Bedingungen dafür verbessern. Nur die USA und Ungarn machen nicht mit, weil sie Migration nicht fördern wollen.

Wenn es nach dem finalen Entwurf geht, [dann ist freiwillige Migration](http://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-migrationsgipfel-europa-streitet-weiter-ueber-die-aufnahme-von-fluechtlingen/23085396.html) gut für alle: für die Migranten selbst, für die Zielländer – wo sie das Arbeitskräfteangebot für die Unternehmen erhöhen und der **Bevölkerungsalterung** entgegenwirken – und für die Herkunftsländer, wo sie den **Arbeitsmarkt entlasten** und **durch Geldtransfers in die Heimat Armut lindern**.

„Migration trägt zur Entwicklung bei und dazu, die Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, wenn sie angemessen gemanagt wird“, heißt es in dem Text des Abkommens. Es gebe „machtvolle Belege, dass Migranten große Vorteile sowohl für die Gastgeberländer als auch für die Ursprungsländer bringen“.

Deshalb verpflichten sich die Unterzeichner, „Wege für reguläre Migration so anzupassen, dass Arbeitsmobilität gefördert wird“.

Diese positive Sicht auf die Migration findet sich heute auch bei wichtigen internationalen Organisationen wie der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der UN. „Migration wird zunehmend als wichtiger Faktor für das Erreichen aller drei Säulen nachhaltiger Entwicklung anerkannt“, heißt es auf deren Internetseite. Und der Industrieländerklub OECD sieht „wichtige Vorteile für die Migranten ebenso wie für die Herkunftsländer und die Zielländer“.

Der mexikanische Entwicklungsökonom Raúl Delgado Wise, einer der führenden Experten aus dem Süden, kritisiert dies auf Anfrage als sehr einseitige Sicht. Er ist Unesco-Koordinator für Migration und Entwicklung und Präsident des Internationalen Netzwerks für Migration und Entwicklung.

„Wenn man sich die Daten anschaut, ist Migration eine Subventionierung des Nordens durch den Süden“, stellt er fest. So machten die Überweisungen von Mexikanern aus den USA in ihre Heimat nur ein Drittel dessen aus, was die USA allein an Bildungsausgaben hätten aufwenden müssen, um Arbeitskräfte mit dem Bildungsniveau hervorzubringen, wie es mexikanische Einwanderer aufwiesen. Da die Hälfte von diesen keinen legalen Status habe, arbeiteten sie noch dazu zu sehr niedrigen Löhnen und könnten kaum Sozialleistungen in Anspruch nehmen.

Immigranten leisten einen Beitrag zur Wohlstandsvermehrung

Eine aktuelle Studie der US-Großbank Citi zusammen mit Oxford-Professor Ian Goldin bestätigt dieses Verdikt, aus der Industrieländerbrille.

„Migranten kommen mit Ausbildung und Erziehung, für die das Ursprungsland bezahlt hat“, heißt es in der Studie, und weiter:

„Sie nehmen weniger Sozialleistungen in Anspruch und bekommen weniger staatliches Geld als Bürger des Landes und sie sind in aller Regel im arbeitsfähigen Alter.“

Immigranten hätten daher einen großen Beitrag zur Wohlstandsmehrung in den Industrieländern geleistet.

Gleichzeitig wird eingeräumt, das „Braindrain“-Problem für die Herkunftsländer müsse gemanagt werden.

„Abwanderung der Hochqualifizierten hat erhebliche finanzielle und soziale Kosten für viele Länder und gilt als größte Gefahr der Mobilität für Entwicklungsländer“

, schreiben die Experten. Zwischen einem Fünftel und der Hälfte der Hochqualifizierten in Afrika und Mittelamerika wanderten aus, und das bei einem Anteil der Universitätsabsolventen, der in Sub-Sahara-Afrika ohnehin nur vier Prozent betrage.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) schloss sich jüngst im Handelsblatt-Interview dieser Kritik an: „Es ist ja nicht so, dass Afrika kein Potenzial hätte. Aber das wird nicht dadurch größer, dass die Tüchtigsten lieber nach Europa fliehen.“

„Heimüberweisungen sind das neue Entwicklungsmantra“, kritisiert Delgado Wise: Das „unrealistische Win-win-win-Szenario“ der UN-Organisationen begünstige einseitig die Interessen der Empfängerländer und der Arbeitgeber dort“. Vor allem die Weltbank habe viel dazu beigetragen, das neue Mantra durchzusetzen, diagnostiziert er.

Schützenhilfe bekommt er ausgerechnet von deren Schwesterorganisation, dem Internationalen Währungsfonds. Vier Ökonominnen und Ökonomen des Fonds haben unter dem Titel „Are Remittances Good for Labor Markets“ eine empirische Studie vorgelegt, die zeigt, dass die große Abhängigkeit vieler armer Länder von Heimüberweisungen für diese ein beträchtliches Problem darstellt.

„Sie vermindern die Erwerbsbeteiligung und erhöhen den Anteil informeller Beschäftigungsverhältnisse“, heißt es darin. Von der zusätzlichen Nachfrage würden Branchen mit niedriger Produktivität und niedrigen Löhnen profitieren, zulasten der produktiveren. Zwar nehme bei hohen Heimüberweisungen die Ungleichheit etwas ab, aber gleichzeitig sänken die Durchschnittslöhne und das Produktivitätswachstum.

Als Instrument zur Erreichung von Entwicklungszielen könne man sie daher kaum sehen, eher als süßes Gift.

Braindrain-Problem findet zu wenig Beachtung

Das Problem des Braindrain wird im Migrationsabkommen nur kurz in einem Nebensatz erwähnt, als etwas, das es – nicht ganz schlüssig – durch zusätzliche Ausbildungsanstrengungen zu vermeiden gelte. Zwar wird in dem Abkommen aufgerufen, im Interesse der Betroffenen sicherzustellen, dass Migration freiwillig geschieht und nicht durch Verzweiflung und Perspektivlosigkeit erzwungen ist.

Dem hält Delgado Wise entgegen:

„Migration von Süden nach Norden ist im Kern eine durch das Wohlstandsgefälle erzwungene Migration.“ Sie als freiwillig zu bezeichnen sei Schönfärberei.

Auch UN-Organisationen haben eine differenziertere Sicht. So heißt es in dem Strategiepapier „Mainstreaming Migration into Developing Planning“ der mit Migration befassten UN-Einheiten von 2010, es gebe Befürchtungen, dass die Abwanderung und Heimüberweisungen die Inflation antreiben könnten, ohne die Produktivität zu erhöhen, und dass sie das Bildungssystem und wichtige Wirtschaftszweige durch Braindrain schädigen könnten.

Auch in den Zielländern profitieren nicht unbedingt alle Gruppen von der Zuwanderung. In einer im Internet dokumentierten Präsentation sagte der **Vizechef der Generaldirektion Volkswirtschaft der Bundesbank im Januar 2018:**

„Nettoeinwanderung aus EU-Staaten war in den letzten Jahren ein Faktor, der die Lohnsteigerungen stark dämpfte.“ Was gut ist für die Arbeitgeber, ist offenbar nicht unbedingt auch gut für die Arbeitnehmer.